

Antrag

der Abgeordneten Hubertus Zdebel, Andrej Hunko, Karin Binder, Caren Lay, Herbert Behrens, Heidrun Bluhm, Eva Bulling-Schröter, Roland Claus, Kerstin Kassner, Sabine Leidig, Ralph Lenkert, Michael Leutert, Dr. Gesine Löttsch, Thomas Lutze, Birgit Menz, Dr. Kirsten Tackmann, Alexander Ulrich und der Fraktion DIE LINKE.

Risiko-Reaktoren abschalten – Atomausstieg in Europa beschleunigen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Am 11. März 2016 jährte sich zum fünften Mal die Atomkatastrophe von Fukushima, am 26. April 2016 ist der 30. Jahrestag des Super-GAU von Tschernobyl. Bis heute sind große Gebiete rund um die Unglücks-Reaktoren radioaktiv verseucht und dürfen nicht betreten werden. Für viele Hunderttausende Menschen hatten und haben diese beiden Nuklearkatastrophen weitreichende gesundheitliche und soziale Folgen bis hin zum Tod oder dem Verlust der Heimat. Tschernobyl und Fukushima sind eine Mahnung, dass die unverantwortliche Nutzung der Atomenergie weltweit Geschichte werden muss.

Die Risiken der Atomenergie machen nicht an Grenzen halt. Rund um Deutschland befinden sich in den grenznahen Regionen von Belgien, Frankreich, der Schweiz und der Tschechischen Republik Reaktoren, die besonders störanfällig sind, und deren Risiken mit zunehmendem Alter größer werden. Dies macht der über zwei Jahre vertuschte schwere Störfall im grenznahen französischen Atomkraftwerk Fessenheim noch einmal besonders deutlich.

Der Bundestag teilt angesichts der Rissbefunde in den Druckbehältern der beiden belgischen Reaktoren Tihange 2 und Doel 3 insbesondere die Sorgen der Bevölkerung in den grenznahen Regionen vor schweren Atomunfällen und unterstützt die Forderung nach einer umgehenden Stilllegung dieser Reaktoren. Er begrüßt die von der Bundesregierung eingeleiteten Initiativen zur weiteren Sicherheitsüberprüfung der beiden Reaktor-Blöcke und damit verbundener Maßnahmen mit der belgischen Regierung und erwartet, dass diese intensiviert werden. Es sind alle politisch und rechtlich möglichen Schritte zu unternehmen, um eine Gefährdung für Mensch und Umwelt auszuschließen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. den Atomausstieg in Deutschland zu beschleunigen und sich im Rahmen ihrer Möglichkeiten in der EU und in den internationalen Beziehungen für

- einen schnellstmöglichen Atomausstieg sowie gegen den Neubau von Atomkraftwerken einzusetzen.
2. sich für die Auflösung des EURATOM-Vertrags und für den Abschluss eines neuen Vertrags als Grundlage für die Einrichtung einer alternativen Europäischen Gemeinschaft zur Förderung von erneuerbaren Energien und Energieeinsparung einzusetzen. Solange die Auflösung von EURATOM nicht durchzusetzen ist, soll auf EU-Ebene eine Initiative zur Entflechtung der vertraglichen Grundlagen von EU und EURATOM ergriffen und der EURATOM einseitig gekündigt werden,
 3. die „Allianz der Regionen für einen europaweiten Atomausstieg“ zu unterstützen und ihr beizutreten,
 4. aktuell insbesondere auf die schnellstmögliche Stilllegung der veralteten und besonders störanfälligen Reaktoren in den grenznahen Regionen von Belgien, Frankreich, der Schweiz und der Tschechischen Republik hinzuwirken,
 5. der Öffentlichkeit sämtliche Unterlagen zur Verfügung zu stellen, die zur Bewertung der Sicherheit der Atomanlagen in Deutschland notwendig sind, und in diesem Sinne auch auf europäischer Ebene auf größere Transparenz hinzuwirken,
 6. eine Verteilung Jod-Tabletten an die Bevölkerung (insbesondere Kinder und Schwangere) in einem Umkreis von 100 Kilometern um Atomkraftwerke (im In- und Ausland) sicherzustellen,
 7. die Bemühungen zahlreicher bundesdeutscher Städte und Kommunen mit dem Ziel der Stilllegung der Reaktoren Tihange 2 und Doel 3 bis hin zu Klagen nach Kräften zu unterstützen bzw. diesen Aktivitäten beizutreten,
 8. geeignete Schritte zu unternehmen, um auch im Rahmen der EU und der EU-Kommission eine umfängliche und zweifelsfreie Aufklärung der Risiken durch den Betrieb der beiden belgischen AKWs zu erreichen und bis zum Abschluss dieser Maßnahmen, die Abschaltung der Reaktoren zu erwirken,
 9. zu prüfen, ob im Zuge der Laufzeitverlängerungen von Tihange und Doel gegen europäisches Recht verstoßen wurde und darüber möglichst umgehend den Bundestags zu informieren,
 10. zum Schutz der Bevölkerung vor den Auswirkungen eines Atomunfalls in den belgischen Atommeilern oder anderer grenznaher Reaktoren im Ausland und angesichts der vom Bundesamt für Strahlenschutz aufgezeigten Folgen hinsichtlich erforderlich werdender Evakuierungen in einer Entfernung von bis zu 170 Kilometern vom atomaren Unfallort wirksame Schutzmaßnahmen vorzubereiten, die auch im internationalen Rahmen im Katastrophenfall wirksam umgesetzt werden können, bzw. gemeinsam mit den zuständigen Stellen im Inland und Ausland entsprechende Schutzmaßnahmen zu entwickeln sowie über die getroffenen Maßnahmen möglichst schnell den Bundestag zu informieren,
 11. Maßnahmen zu ergreifen, damit die Uranfabriken in Gronau (Anreicherung) und Lingen (Brennelementherstellung), die maßgeblich zum weltweiten Betrieb von Atomkraftwerken beitragen, schnellstmöglich stillgelegt werden können.

Berlin, den [...]

Dr. Sahra Wagenknecht, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion